

02/2009

2015
aktuell

27. Februar 2009

1. **Kontroversen im Vorfeld des G20-Gipfels**
2. **Nichts los in Davos – Viel los in Belém**
3. **G7-Finanzministertreffen in Rom**
4. **EU-Entwicklungsminister fordern Unterstützung für die ärmsten Länder**
5. **OECD-Report: Entwicklungshilfe geht weiter zurück**
6. **Schuldenreport 2009: Entwicklungsländer in neuer Schuldenkrise?**
7. **ILO fürchtet globale Beschäftigungskrise**
8. **Erster Welttag für soziale Gerechtigkeit**
9. **BMZ betont Bedeutung der ländlichen Entwicklung**
10. **Bildung als Schlüssel zur Armutsbekämpfung? Erfahrungen aus Ghana und Sambia**

*Kurz notiert
Termine*

1. Kontroversen im Vorfeld des G20-Gipfels

In Vorbereitung auf den Finanzgipfel der G20-Staaten am 2. April kamen am 22. Februar in Berlin die Staats- und Regierungschefs der europäischen G20-Staaten zusammen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sich darin einig, dass beim Gipfel in London konkrete Fortschritte auf dem Weg zu einer stabilen Weltfinanzordnung und für eine nachhaltige Entwicklung der Weltwirtschaft erzielt werden müssen. Dazu sei erforderlich, dass alle Finanzmärkte, -produkte und -marktteilnehmer, von denen ein systemisches Risiko ausgehen kann, einer angemessenen Aufsicht oder Regulierung unterstellt werden müssen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) und das Forum für Finanzstabilität (FSF) sollen beauftragt werden, die Umsetzung des beim letzten G20-Gipfel im November 2008

beschlossenen Aktionsplans zu überwachen und voranzutreiben. Die Mittel des IWF sollen verdoppelt werden, damit er schnell und flexibel bei Zahlungsbilanzschwierigkeiten eingreifen kann. Um besser gegen die Gefahren von Steueroasen geschützt zu sein, sollen Sanktionsmechanismen entwickelt werden. Die europäischen G20-Staaten warnen vor einer drohenden Abschottung nationaler Märkte durch protektionistische Maßnahmen und wollen sich für einen raschen Durchbruch bei den Verhandlungen im Rahmen der Doha-Runde der Welthandelsorganisation (WTO) einsetzen. Auch die Folgen der Krise für die Entwicklungsländer wurden beim Berliner Treffen thematisiert: die Regierungschefs bekräftigten die Unterstützung der Millenniumsentwicklungsziele (MDG) und sprachen sich für eine stärkere Rolle der Weltbank bei der Unterstützung der ärmsten Länder der Welt aus. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Berliner Gipfels unterstützten ausdrücklich den von Bundeskanzlerin Angela Merkel wiederholt ins Gespräch gebrachten Vorschlag, eine globale Charta für nachhaltiges Wirtschaften zu entwickeln, die zur Schaffung eines globalen Ordnungsrahmens für die Weltwirtschaft führen könnte. (www.londonsummit.gov.uk/en/; www.bundesregierung.de/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2009/02/2009-02-22-ergebnisse-g20-vorbereitung.html)

Bereits bei einem Treffen mit den Leitern der fünf wichtigsten internationalen Finanz- und Wirtschaftsorganisationen (OECD, WTO, ILO, IWF und Weltbank) am 5. Februar 2009 hat sich Bundeskanzlerin Merkel für eine globale „Charta des nachhaltigen Wirtschaftens“ ausgesprochen. In dieser sollen sich alle Staaten zu gemeinsamen Regeln des Wirtschaftens und zu sozialen und ökologischen Standards bekennen. Die Einhaltung dieser Charta solle von einem UN-Weltwirtschaftsrat überwacht werden. In einer gemeinsamen Erklärung betonen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Treffens die weitreichenden Auswirkungen der Finanzkrise gerade auf die Entwicklungsländer. Vor diesem Hintergrund müsse die internationale Gemeinschaft an ihren Zielen zur Armutsbekämpfung und der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der ärmeren Länder festhalten und insbesondere die Umsetzung der MDG weiter entschlossen vorantreiben. (www.bundesregierung.de/nn_1272/Content/DE/Artikel/2009/02/2009-02-05-bkin-int-org-berlin.html)

Auch der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) hatte sich bei einem Gespräch mit Bundeskanzlerin Merkel im Vorfeld des europäischen G20-Treffens für einen handlungsfähigen UN-Wirtschaftsrat eingesetzt. Dieser müsse sozial und ökologisch nachhaltig ausgerichtet sein und sich für die Chancengleichheit zwischen Arm und Reich einsetzen. Zudem sollten einflussreiche Chefposten zum Beispiel beim IWF stärker mit Vertreterinnen und Vertretern aus Entwicklungsländern besetzt werden. Um eine „globale Apartheid“ zu verhindern, müssten die Entwicklungsländer bei dem EU-Sondergipfel zur Finanzkrise ganz oben auf der Agenda stehen. Denn die Krisen der vergangenen Jahre treffen vor allem die armen Länder und dort die besonders armen Bevölkerungsschichten. (www.venro.org/413.html)

Das globalisierungskritische Netzwerk Attac lehnt eine Stärkung von IWF und Weltbank zur besseren Regulierung der Märkte ab. „Beide Institutionen haben jahrzehntelang entgegen aller Warnungen die weltweite Deregulierung der

Kapitalmärkte betrieben und damit die Finanzkrise maßgeblich mit herbeigeführt“ erklärte Detlef von Larcher vom Attac-Koordinierungskreis. Notwendig sei eine internationale Finanzaufsicht unter dem Dach der Vereinten Nationen. Mit dem Ansinnen, die Finanzmärkte und alle ihre Akteure lückenlos zu kontrollieren, habe aber eine zentrale Forderung von Attac Eingang in die Ergebnisse des Minigipfels gefunden. (www.attac.de/aktuell/presse/detailsicht/datum/2009/02/23/europaeisches-g20-treffen-brandstifter-iwf-als-feuerwehr-ungeeignet/?cHash=82d8c15a2a)

Die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Entwicklungsländer und Handlungsoptionen für die Entwicklungspolitik wurden am 11. Februar bei einer öffentlichen Anhörung des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AwZ) diskutiert. Die Sachverständigen waren sich darin einig, dass die globale Finanzkrise schwerwiegende negative Auswirkungen auf Schwellen- und Entwicklungsländer haben wird, deren Umfang zurzeit noch nicht absehbar ist. So werde sich das Wirtschaftswachstum der Entwicklungsländer im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr vermutlich halbieren. Besonders Länder, die stark in den Welthandel integriert sind und Rohstoffe exportieren, sind von dem weltweiten Nachfragerückgang und der Verschlechterung der externen Finanzierungsbedingungen betroffen. Aber auch die armen Entwicklungsländer werden mit einer gewissen Zeitverzögerung von den Folgen der Krise durch sinkende Exportnachfrage, fehlende ausländische Direktinvestitionen und zurückgehende Überweisungen von Arbeitsmigrantinnen und Migranten erfasst. Allerdings, so Wolfgang Kroh (KfW), sei die Handlungsfähigkeit vieler Entwicklungsländer angesichts der Krise durch hohes Wirtschaftswachstum, Entschuldungsmaßnahmen und interne Reformen heute erheblich besser als noch vor zehn Jahren. Um zu verhindern, dass notwendige wirtschaftliche und soziale Investitionen in Gefahr geraten, müsse die Entwicklungszusammenarbeit kurzfristig „einspringen“, um finanzielle Engpässe in Entwicklungsländern zu überbrücken. Peter Wahl von der Nichtregierungsorganisation (NRO) WEED riet der Entwicklungspolitik, sich aktiv in die Debatte um den notwendigen Umbau des Wirtschafts- und Finanzsystems der Industrieländer einzubringen. Notwendig sei eine stärkere Beteiligung der armen Länder bei der Suche nach Konzepten der Krisenbewältigung. Dies könne durch einen entsprechenden Ausbau der G20 erfolgen.

(www.bundestag.de/aktuell/archiv/2009/23508341_kw07_entwicklung/index.html)

2. Nichts los in Davos – Viel los in Belém

Zwei internationale Großereignisse, die von ihrer personellen Zusammensetzung und Diskussionsform kaum unterschiedlicher sein könnten, beschäftigten sich Ende Januar 2009 mit den Folgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise sowie möglichen Konzepten zu ihrer Bekämpfung. In Davos kamen vom 28. Januar bis 1. Februar die Spitzen von Wirtschaft und Politik zum jährlichen Weltwirtschaftsforum zusammen, um über die Ursachen, Folgen und Lösungsmöglichkeiten für die globale Wirtschafts- und Finanzkrise zu diskutieren. In zahlreichen prominent besetzten Foren und Veranstaltungen dominierten angesichts der globalen Krisen eine gewisse Ratlosigkeit und viel Selbstkritik der Wirtschaftsvertreter. In ihrer Rede auf dem Weltwirtschaftsforum warnte Bundeskanzlerin Merkel davor, die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit einzuschränken. Deutschland habe bei den Ausgaben für Entwicklungshilfe im Jahr 2009 beträchtliche Steigerungsraten erzielt, das werde auch im Haushaltsjahr 2010 so sein. (www.weforum.org;

www.bundesregierung.de/nn_774/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2009/01/2009-01-30-merkel-davos.html)

Vom 27. Januar bis 1. Februar fand im brasilianischen Belém das 9. Weltsozialforum (WSF) statt. Unter dem Motto „Eine andere Welt ist möglich“ debattierten über 120 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer über Gegenentwürfe und -konzepte zu einer auf Gewinnmaximierung ausgerichteten globalisierten Welt. Neben Antworten auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise standen beim WSF Vorschläge zur Überwindung der ökologischen und sozialen Krise Amazoniens im Vordergrund. Auch die Bewältigung der Klimakatastrophe und die Ernährungskrise nahmen in den Diskussionen bei den mehr als 2 400 Veranstaltungen einen breiten Raum ein. (www.fsm2009amazonia.org.br/what-the-wsf-is)

In einem Forum zur globalen Finanz- und Wirtschaftskrise haben zahlreiche NRO, Gewerkschaften und Netzwerke während des WSF eine Erklärung erarbeitet, die inzwischen von über 60 Organisationen und Initiativen unterzeichnet wurde. Unter dem Titel „**For a new economic and social model – Let’s put finance in its place**“ fordert die Erklärung unter anderem, die Vereinten Nationen zu reformieren und zu demokratisieren und ins Zentrum einer Finanzsystemreform zu stellen, da die G20 kein legitimes Forum seien, um die Krise zu lösen. International verbindliche Mechanismen zur Kapitalverkehrskontrolle müssten etabliert werden. Unkontrollierte Hedge Funds sollen verboten, Spekulationen, vor allem bei Nahrungsmitteln und Energie unterbunden und Steueroasen geschlossen werden. Durch die Einrichtung einer internationalen Steuerorganisation seien Steuerflucht und Steuervermeidung wirksam zu bekämpfen. Zur Finanzierung globaler öffentlichen Güter sollten globale Steuern auf Finanztransaktionen, Schadstoffemissionen und hohe Vermögen erhoben werden. Zum Abschluss riefen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer für den 28. März – kurz vor dem G20-Gipfel am 2. April – zu einem weltweiten Aktionstag für eine soziale Bewältigung der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise auf. (www.choike.org/campaigns/camp.php?5)

3. G7-Finanzministertreffen in Rom

Die Finanzminister der sieben führenden Industrieländer (G7) warnten bei ihrem Treffen am 13. und 14. Februar in Rom vor einer Abkehr vom Freihandel und wandten sich gegen jegliche Form des Protektionismus. Gleichzeitig bekräftigten sie, dass Entwicklungsländer weiter unterstützt werden müssten, damit sie nicht zu den größten Verlierern der Wirtschaftskrise würden. Die Krise habe grundlegende Schwächen des internationalen Finanzsystems und die Notwendigkeit dringender Reformen aufgezeigt. In ihrem Abschlusskommuniqué unterstrichen die Minister die Notwendigkeit, Entwicklungsländern den Zugang zur Finanzierung von Krediten, Handel und privaten Kapitalflüssen unter anderem durch multilaterale Entwicklungsbanken zu erleichtern. Gleichwohl bleibt die Erklärung weitgehend allgemein und unverbindlich. ([\)](http://www.g7finance.tesoro.it/opencms/opencms/handle404?exporturi=/export/sites/G8/en/2009ItalianPresidency/Meetings/February/Communiqués/Documents/Communique.pdf&)

Auch Weltbank-Präsident Robert Zoellick nahm an dem Treffen der G7-Finanzminister teil. Er forderte die Industrieländer auf, 0,7 Prozent ihrer Konjunkturprogramme für einen Hilfsfonds für Entwicklungsländer zur Verfügung zu

stellen. Jüngste Voraussagen der Weltbank sprechen von 53 Millionen Menschen, die durch die globale Wirtschaftskrise zusätzlich unter die Armutsgrenze fallen werden. Der Bericht „**The Global Economic Crisis: Assessing Vulnerability with a Poverty Lens**“ warnt außerdem davor, dass bei anhaltender Krise jährlich 200 000 bis 400 000 mehr Kinder sterben könnten als bisher. Dies stellt eine große Gefahr für die Umsetzung der MDG dar.

(<http://siteresources.worldbank.org/NEWS/Resources/WBGVulnerableCountriesBrief.pdf>)

Auch die UN-Millenniumskampagne forderte die Finanzminister anlässlich ihres Treffens auf, einen Hilfsfonds zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise für arme Länder einzurichten. Die Umsetzung der getroffenen Entwicklungshilfezusagen müsste durch die Bereitstellung klarer Umsetzungspläne sichergestellt werden. Konkret forderte die Kampagne die Industrieländer auf, einen Teil ihrer Rettungspakete für die Armen der Welt auszugeben und damit in diesen Ländern den Aufschwung zu beschleunigen. Statt an der Entwicklungshilfe, solle vielmehr an den Subventionen für die Landwirtschaft gespart werden, die den Handel zulasten von Bauern in armen Ländern verzerren. Die Millenniumskampagne schätzt, dass das Bruttoinlandsprodukt armer Länder in den nächsten zwei Jahren um mehr als 300 Milliarden US-Dollar sinken wird.

(www.millenniumcampaign.de/fileadmin/downloads/presse/PM_G7-Finanzministertreffen_120209.pdf)

4. EU-Entwicklungsminister fordern Unterstützung für die ärmsten Länder

Auf dem informellen Treffen der EU-Entwicklungsminister in Prag vom 29. bis 30. Januar forderten die teilnehmenden Ministerinnen und Minister, besonders die am wenigsten entwickelten Länder bei der Bewältigung der Finanzkrise zu unterstützen. Gerade in Zeiten der Krise müsse die EU ihre Hilfszusagen halten, so die Minister. Besonders zahlreiche Länder in Afrika südlich der Sahara werden vom weltweiten ökonomischen Abschwung betroffen sein. Da fünf Sechstel der Weltbevölkerung in Entwicklungsländern leben, müsse auch ihre Repräsentation in den internationalen Finanzinstitutionen gestärkt werden. Dies müsse besonders beim kommenden G20-Treffen im April unterstützt werden.

(www.eu2009.cz/en/news-and-documents/news/prague-meeting-of-development-ministers:-what-impact-will-the-financial-crisis-have-on-the-developing-world-8499/)

Der europäische Dachverband entwicklungspolitischer NRO (CONCORD) forderte die EU anlässlich des Ministertreffens auf, die Ursachen der multiplen Krise anzuerkennen. Durch die Etablierung einer fairen Weltwirtschaftsordnung mit einer gerechten Reichtumsverteilung müssten Liberalisierungs- und Deregulierungspolitiken überwunden werden. Hierzu ist es laut CONCORD notwendig, verbindliche Ziele für die europäische Entwicklungsfinanzierung festzulegen, transparente Entschuldigungsmechanismen zu entwickeln, Steueroasen auszutrocknen und Steuerflucht zu bekämpfen. Außerdem müsse eine tatsächlich gleichberechtigte Partizipation der Entwicklungsländer in den internationalen Gremien etabliert und eine ökologisch nachhaltige Wirtschaftsordnung aufgebaut werden, die besonders den Interessen und Notwendigkeiten der Entwicklungsländer gerecht wird.

www.eurodad.org/uploadedFiles/Whats_New/News/CONCORD_Press_Release_Feb_2009.pdf

5. OECD-Report: Entwicklungshilfe geht weiter zurück

Der Entwicklungsausschuss der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD-DAC) legte im Februar einen neuen Bericht über aktuelle Trends in der Entwicklungszusammenarbeit vor. Der Bericht „**OECD Development Aid at a Glance 2008**“ verzeichnet ein seit 2005 langsames, aber stetiges Sinken der Nettoauszahlungen des staatlichen Entwicklungshilfetransfers (ODA) der OECD-Länder. Betrug die Entwicklungshilfeleistungen im Jahr 2005 noch 107,3 Milliarden US-Dollar, gingen sie im Jahr 2006 auf 105,3 Milliarden zurück und lagen im Jahr 2007 bei 103,7 Milliarden. Der Bericht zeigt auf, dass die Industrieländer noch große Anstrengungen unternehmen müssen, um ihre Selbstverpflichtung zur Steigerung der Entwicklungshilfe einhalten zu können. Unter den Empfängerländern steht Nigeria an der Spitze, das 2006 mit 11,4 Milliarden Dollar rund 11 Prozent der gesamten ODA-Auszahlungen erhielt. Es folgen geostrategisch wichtige Länder wie der Irak, Afghanistan und Pakistan. Regional erhielt Afrika mit 43,4 Milliarden US-Dollar im Jahr 2006 die meisten ODA-Mittel, es folgen Asien (32,9 Milliarden) und Lateinamerika (6,9 Milliarden). Aufgrund der Erhöhung der Ausgaben für Entwicklungshilfe auf 12,3 Milliarden US-Dollar stieg Deutschland (hinter den USA) im Jahr 2007 auf den zweiten Platz der bilateralen Geber. Trotzdem liegt die Bundesrepublik mit einem ODA-Anteil von 0,37 Prozent des Bruttonationaleinkommens (2007) noch weit hinter der EU-Zielmarke von 0,51 Prozent zurück, die bis zum Jahr 2010 erreicht werden soll.

www.oecd.org/document/54/0,3343,de_34968570_34968855_42096438_1_1_1_1,0_0.html

6. Schuldenreport 2009: Entwicklungsländer in neuer Schuldenkrise?

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise führt zahlreiche Entwicklungsländer erneut in die Schuldenkrise – zu diesem Schluss gelangt der aktuelle Schuldenreport 2009, den die Kindernothilfe und das Entschuldungsbündnis erlassjahr.de am 20. Februar vorstellten. Dem Report zufolge sind trotz erfolgreicher Entschuldungsinitiativen in der Vergangenheit allein sieben afrikanische Staaten von Zahlungsunfähigkeit bedroht. Sechs weitere Länder weisen demnach ein hohes Risiko für eine baldige Staatsinsolvenz auf. Durch die global vernetzte Wirtschaft, Einbrüche auf den Exportmärkten, die Verteuerung von Krediten und erwartbaren Rückgängen der Entwicklungszusammenarbeit, schlägt sich die in den Industrieländern verursachte Krise auf zahlreiche Entwicklungs- und Schwellenländer nieder. Zu den Ländern, deren Zahlungsunfähigkeit sehr wahrscheinlich ist, gehören unter anderem Benin, Burundi, Gambia, Liberia und Mosambik. Weitere Länder, die ein hohes Risiko der Zahlungsunfähigkeit aufweisen, sind Guinea, Mali, Sudan, Burkina Faso, Ruanda und Äthiopien. In weiteren Staaten sei eine Verschlechterung der Zahlungsfähigkeit schon deutlich abzusehen. Über diese Analyse hinaus legt der Report den aktuellen Stand der internationalen Entschuldungsbemühungen nieder und zeigt Ansätze auf, wie die bestehenden Entschuldungsverfahren verbessert werden können. Eigene Kapitel widmen sich den Gläubigerrollen von China und Deutschland.

[www.kindernothilfe.de/multimedia/KNH/Downloads/Sonstiges/Schuldenreport+2009+\(pdf_+6+MB\)-p-14565.pdf](http://www.kindernothilfe.de/multimedia/KNH/Downloads/Sonstiges/Schuldenreport+2009+(pdf_+6+MB)-p-14565.pdf)

7. ILO fürchtet globale Beschäftigungskrise

Eine starke Zunahme von Arbeitslosigkeit, ungesicherten Arbeitsverhältnissen und einen Anstieg der Zahl der arbeitenden Armen erwartet die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) als Folge der Finanzkrise. Laut dem aktuellen Bericht „**Globale Beschäftigungstrends 2009**“ könnten in diesem Jahr 50 Millionen mehr Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen sein und die Zahl der Menschen, die trotz Arbeit unter der Armutsgrenze leben, könnte auf 1,4 Milliarden steigen. Dies entspreche 45 Prozent aller Beschäftigten weltweit. Besonders schwerwiegend werde sich nach Angaben der ILO dieses Szenario auf die Arbeitsmärkte in Nordafrika, Afrika südlich der Sahara und Südasien auswirken. Somit gefährdet die Finanz- und Wirtschaftskrise die zu erreichenden Fortschritte bei der weltweiten Armutsbekämpfung. Um diese Gefahr abzuwenden, ist es laut ILO-Generaldirektor Somavia gerade in Krisenzeiten wichtig, die Ziele der ILO-Agenda für menschenwürdige Arbeit umzusetzen. Mit Blick auf den kommenden G20-Gipfel hat die ILO daher die Regierungen aufgefordert, Maßnahmen zur Förderung produktiver Investitionen, menschenwürdiger Arbeit und sozialem Schutz zu ergreifen.

www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/documents/publication/wcms_101461.pdf

Die Beiträge eines am 1. Dezember 2008 durchgeführten VENRO-Fachgesprächs zum Thema „**Menschenwürdige Arbeit als Beitrag zur Armutsbekämpfung**“ liegen jetzt in Form einer gleichnamigen Publikation aus der Reihe „2015 im Gespräch“ vor. Die Broschüre dokumentiert die Positionen der Vertreterinnen und Vertreter von Ministerien, der ILO, NRO, Arbeitgebern und Gewerkschaften und zeigt die Bedeutung des Themas für die Armutsbekämpfung und die Erreichung der MDG auf. Gleichzeitig macht sie deutlich, wie weit die Umsetzung der Decent Work Agenda fortgeschritten ist und welche Maßnahmen erforderlich sind, um größere Fortschritte auf dem Weg zu menschenwürdiger Arbeit weltweit zu erreichen. Die Schaffung menschenwürdiger Arbeit („Decent Work“) war zu Beginn des Jahres 2008 als ein Unterziel in die MDG aufgenommen worden. Damit wurde ein wichtiger Schritt geleistet, um die im Jahr 1999 verabschiedete Agenda für menschenwürdige Arbeit der ILO international stärker zu verankern.

www.2015.venro.org/2015_im_gespraech.html

8. Erster Welttag für soziale Gerechtigkeit

Aus Anlass des ersten Welttags für soziale Gerechtigkeit am 20. Februar forderte der Präsident der UN-General Versammlung Miguel D´Escoto eine „Gesellschaft für alle“ auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit und der Wahrung aller fundamentalen Menschen- und Freiheitsrechte. Das dominierende Wirtschaftssystem bevorzuge vor allem die reichen Industrienationen und vernachlässige die Interessen der Entwicklungsländer, so D´Escoto. Der Welttag für soziale Gerechtigkeit wurde durch eine UN-Resolution aus dem Jahr 2007 ins Leben gerufen, um die Aufmerksamkeit für die weiteren Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft bei der weltweiten Armutsbekämpfung, der Durchsetzung von menschenwürdiger Arbeit und Geschlechtergerechtigkeit sowie die Zugangsmöglichkeiten zu sozialen Sicherungssystemen und Gerechtigkeit für alle zu erhöhen.

www.un.org/ga/president/63/statements/socialjustice100209.shtml,
<http://un.org/esa/socdev/social/intldays/IntlJustice/>

Anlässlich des Welttages warnte das Kinderhilfswerk UNICEF davor, dass die globale Finanzkrise die sozialen Gegensätze weltweit verschärfen wird. UNICEF forderte dazu auf, den Kampf gegen Armut und Unterentwicklung gerade in Krisenzeiten zu verstärken. Während die Regierungen der Industrieländer sich darauf konzentrieren, Banken zu retten und Konjunkturprogramme aufzulegen, dürfe die Hilfe für die ärmsten Menschen nicht vergessen werden. Erfahrungen aus der Vergangenheit zeigten, dass gerade in Entwicklungsländern die Überlebens- und Entwicklungschancen von Kindern durch die Krise gefährdet sind. Nach Aussagen von UNICEF ist ein sinkendes Wirtschaftswachstum oft mit einem Anstieg der Kindersterblichkeit verbunden.

(www.unicef.de/6387.html)

9. BMZ betont Bedeutung der ländlichen Entwicklung

Angesichts der aktuellen Ernährungskrise führte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung am 11. Februar eine Diskussionsveranstaltung zum Weltagrarbericht vom April 2008 durch. Der Bericht, der 2008 in Johannesburg von 60 Regierungen, nicht aber von der Bundesregierung unterzeichnet worden war, hatte einen Kurswechsel zu einer sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Landwirtschaft gefordert. Hierbei geht es vor allem um die notwendige Unterstützung von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sowie der Abkehr von der modernen landwirtschaftlichen Massenproduktion. Stattdessen sollen lokale und ökologisch verträgliche Anbaumethoden unter Rückgriff auf traditionelles Wissen forciert werden. Der langfristige Ausweg aus der Ernährungskrise ist dem Weltagrarbericht zufolge nur durch die Stärkung der natürlichen Produktion möglich. Bei der Diskussionsveranstaltung betonten nun Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft die Notwendigkeit, gerade in Zeiten der Krise einen solchen Kurswechsel einzuschlagen. Bundesministerin Wieczorek-Zeul sagte zu, die Möglichkeit einer nachträglichen Unterzeichnung des Berichts durch Deutschland prüfen zu lassen.

(www.bmz.de/de/presse/pm/2009/februar/pm_20090211_15.html)

10. Bildung als Schlüssel zur Armutsbekämpfung? Erfahrungen aus Ghana und Sambia

Unter dem Titel „**Bildung als Schlüssel der Armutsreduzierung?**“ veröffentlichte das VENRO-Projekt „Perspektive 2015“ im Februar Heft 3 der Reihe „2015 auf dem Campus“. Auf der Grundlage ihrer Diplomarbeit untersucht die Autorin Judy Müller-Goldenstedt die Bedeutung bildungspolitischer Maßnahmen im Rahmen der Poverty Reduction Strategies in Ghana und Sambia. Anhand der Auswertung von Primärquellen und Bildungsdaten kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass beide Länder Bildung eine wichtige Bedeutung für ihre wirtschaftliche Entwicklung beimessen. Obwohl sich die Bildungssituation in beiden Ländern verbessert hat, bleiben jedoch nach wie vor eklatante Defizite auf dem Weg zur Erreichung des Ziels „Bildung für alle“. Besonders bei der Verbesserung und Förderung der Bildungsqualität, Geschlechtergerechtigkeit und Alphabetisierung Erwachsener sind noch weitere Fortschritte erforderlich.

(www.2015.venro.org/2015_auf_dem_campus.html)

Kurz notiert:

Auf der Webseite **PRSP-Watch** gibt ein aktuelles Länderprofil zu **Indonesien** einen Überblick über die Partizipation und den Einfluss zivilgesellschaftlicher Akteure auf die Erstellung des nationalen Strategiepapiers zur Armutsbekämpfung (PRSP). Das aktuelle Profil attestiert der indonesischen Regierung ein geringes Interesse am PRS-Prozess. Seitens der Regierung habe es Tendenzen gegeben, öffentliche Partizipation zu minimieren, indem die Einbeziehung der Zivilgesellschaft auf ihre Mitwirkung in Arbeitsgruppen beschränkt wurde. (www.prsp-watch.de)

Auch in diesem Jahr wird wieder der bundesweite Aktionstag der Kampagne „**Dein Tag für Afrika**“ stattfinden. Am 23. Juni 2009 werden sich in ganz Deutschland hunderttausende Schülerinnen und Schüler für Gleichaltrige in Afrika einsetzen. Die Kinder und Jugendlichen suchen sich für den Aktionstag einen bezahlten Job in einem Unternehmen, leisten Hilfsdienste im Freundes- oder Familienkreis oder veranstalten einen Solidaritätsmarsch „Go for Africa“.
(www.teachersnews.net/artikel/nachrichten/veranstaltungen/009764.php)

Das Royal Tropical Institute (KIT) der Niederlande bietet ab sofort auf dem Portal „**Gender, Citizenship and Governance**“ Informationen zu den Themen politische Partizipation und Repräsentation von Frauen, Frauenrechte, Gender Mainstreaming, Dezentralisierung und lokales Regieren. Bereit gestellt werden Dokumente, Newsletter, elektronische Journale, Veranstaltungshinweise und weitere Internetlinks. Damit möchte das Portal die theoretischen und praktischen Aspekte und Zusammenhänge zwischen Geschlechtergerechtigkeit, Zivilgesellschaft und Formen der Regierungsführung zu beleuchten.
(<http://portals.kit.nl/smartsite.shtml?id=23624>).

Die „African Press Organization“ stellt eine neue Datenbank zu Pressemitteilungen zu Afrika zur Verfügung. In dieser „**Database of Press Releases related to Africa**“ können nach verschiedenen thematischen Kategorien, Ländern und Erscheinungszeiträumen Pressemitteilung gesucht, aber auch eingestellt werden. Zu dem erweiterten Service der Datenbank gehört auch ein RSS-Feed, durch den sich die Nutzerinnen und Nutzer zu ihren Schwerpunktthemen immer aktuell informieren lassen können. (<http://appablog.wordpress.com/mailling-list/>)

Termine

2. März 2009, Berlin, Forum Menschenrechte, ECCHR, CorA, Supermarktinitiative

Wirtschaft und Menschenrechte in einer globalisierten Welt – Welche verbindlichen Regeln für Unternehmen und ihre Zulieferer bietet das deutsche Recht?

Fachgespräch

www.ecchr.de/veranstaltungen/articles/ecchr-fachgespraech-wirtschaft-und-menschenrechte-in-einer-globalisierten-welt.html

6. bis 8. März, Berlin, attac

Kapitalismus am Ende? Analysen und Alternativen

Kongress

Informationen unter:

www.attac.de/aktuell/kapitalismuskongress/startseite/

6. März 2009, Berlin, Auswärtiges Amt

22.Forum Globale Fragen: "Wasser: Ressource, Konfliktstoff, Menschenrecht"

Fachgespräch

Informationen unter:

www.diplo.de/ForumGF

9. März 2009, Berlin, NABU

Baumwolle - Transgen, transfair oder konventionell?

Workshop

Informationen unter:

http://db.zs-intern.de/uploads/1231336005-09_02_09_workshop_baumwolle.pdf

18. März 2009, Berlin, Auswärtiges Amt

23.Forum Globale Fragen: "Globale Gesundheitsfragen"

Fachgespräch

Informationen unter:

www.diplo.de/ForumGF

19. März 2009, Berlin, genanet

Neues Klima - alte Hüte?

Fachgespräch über Energiepolitik, Klimaschutz, Gerechtigkeit

Informationen unter:

www.genanet.de/veranstaltungen.html

26. März 2009, Berlin, CorA-netz, terre des hommes, DGB, Globale Policy Forum

Freiwillig in die Krise – reguliert wieder raus. Die globale Finanzkrise und die Verantwortung von Unternehmen und Banken

Fachtagung

Informationen unter:

www.globalpolicy.org/eu/de/ueber.htm

Herausgeber:

VENRO

Projekt „Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung“

Chausseestr. 128/129

10115 Berlin

Tel.: 030/280 466-70 / -71

Fax: 030/280 466-72

E-Mail: berlin@venro.org

Internet: www.2015.venro.org

Redaktion: Claus Körting & Merle Bilinski (V.i.S.d.P.)

Mitarbeit: Anna Marquardt

Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung